

# Innere Sicherheit und Fragen zur Asylpolitik

**Niedererschach.** Nicht nur politische Freunde, sondern auch einige politische Gegner der CDU wie NPD-Mann Jürgen Schützinger aus VS-Schwenningen, nutzten den Auftritt von Justiz- und Europaminister Guido Wolf sowie des Bundestagsabgeordneten Thorsten Frei und des Landtagsabgeordneten Karl Rombach in der Säge in Kappel, um Fragen zu stellen.

Schützinger hinterfragte bei Guido Wolf, der zuvor auf die Schaffung von 1500 neuen Stellen im Polizeidienst hingewiesen hatte, weshalb dies erst jetzt geschehe. „Sie reagieren wesentlich zu spät“, so Schützinger.

Darüber könne man trefflich streiten, nicht immer sei alles richtig gemacht worden und im Rückblick sei man immer gescheiter, so Wolf. „Jede Zeit erfordert ihre eigenen Antworten“ so der Minister. Dass in der Praxis etwas getan werde, zeige die dramatische Überlegung der Gefängnisse mit 120 Prozent. Es nütze nichts, über Versäumtes zu klagen, sondern man müsse darüber nachdenken, was jetzt zu

tun sei, damit sich Fehler nicht wiederholten. Thorsten Frei wies darauf hin, dass man im Südwesten bereits 2007 eine Einstellungsinitiative für die Polizei gestartet und der Bund noch nie Polizeistellen reduziert habe.

Was die Abschiebungen anbelange, seien in der Tat zu viele Menschen im Land, die kein Bleiberecht hätten. Baden-Württemberg schiebe jedoch mehr und schneller ab als viele andere Bundesländer.



## Abschiebungen thematisiert

Auch gebe es Probleme mit Rückführungsabkommen. In der Praxis seien Abschiebungen oft nicht so einfach, als das am Stammtisch oft diskutiert werde. Es gelte auch immer zu bedenken, dass hinter

jedem Mensch und damit hinter jeder Abschiebung auch ein Schicksal stehe. Klar, so Thorsten Frei, sei aber auch, dass man Abschiebungen brauche, damit auch freiwillige Rückführungen erfolgten. Das eine hänge mit dem anderen zusammen. 90 Prozent der Migranten kämen zudem ohne Pass nach Deutsch-

land. Wichtig sei es, die Verfahren zu beschleunigen und zu vereinheitlichen und die Frage sei, ob für die Abschiebungen nicht die Bundespolizei zuständig sein sollte. Nicht aus den Augen verlieren solle man die Entwicklungshilfe. Mit Konrad Asal meldete sich ein altgedientes CDU-Mitglied zu Wort und verwies ausdrücklich darauf, nicht dem „rechten Spektrum“ anzugehören. Nichts desto trotz bewege ihn die Flüchtlingsproblematik. Zwar höre man mit Blick auf Abschiebungen stets „große Sprüche“, doch in der Praxis tue sich da wenig.

Kappels Ortsvorsteher Werner Reich brach eine Lanze für die Flüchtlinge. Man solle doch biteschön nicht alles, was schief laufe, auf die Flüchtlinge schieben. Als Beispiele nannte er die Zunahme von Gewalt in Stadien oder von Schülern gegenüber Lehrern. Die hätten nichts mit Flüchtlingen zu tun und er wehre sich tiefst gegen Stammtischparolen. Thorsten Frei wies auf die Vielschichtigkeit der Flüchtlingsproblematik hin. Zudem wurde auch noch über den Spitzensteuersatz, Datenschutz, Videoüberwachung, Renten und Straßenbau diskutiert. *alb*